



II-4879 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.110/20-I/6/92

13. Februar 1992

An den
Präsidenten des Nationalrats
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

2167 IAB
1992 -02- 18
zu 2220 1.

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gratzner, Praxmarer haben am 20. Dezember 1991 unter der Nr. 2220/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Antwortkultur der Bundesregierung und Umgang mit Staatsbürgern gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Was unternehmen Sie als Vorsitzender der Bundesregierung, um eine demokratisch akzeptable Gesprächs- und Antwortkultur der Mitglieder der Bundesregierung zu erreichen?
2. Wurde im Ministerrat schon die Frage behandelt, warum unangenehme Fragen, Anfragen, Petitionen und Interventionen von den betroffenen Ministern durch Verschweigen behandelt werden?
3. Ist Ihnen bekannt, ob ein derartiges, in der Bevölkerung zumindest als grobe Unhöflichkeit qualifiziertes Verhalten den Ministern zuzurechnen ist, oder ob die Bediensteten, deren Entscheidung, deren Verhalten uU betroffen wäre, zu diesem Bild, das beim betroffenen Bürger entsteht, beitragen?

- 2 -

4. Was gedenkt die Bundesregierung, was planen Sie als Vorsitzender der Bundesregierung zu unternehmen, um eine demokratische Gesprächs- und Antwortkultur bei jedem Mitglied der Bundesregierung zu gewährleisten?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Wie mir mitgeteilt wird, werden alle Briefe an ein Mitglied der Bundesregierung entweder persönlich von diesem, von seinem Büro oder von den zuständigen Beamten beantwortet, soweit eine Beantwortung verwaltungsökonomisch vertretbar ist bzw. soweit der Inhalt des Briefes eine Beantwortung sinnvollerweise zuläßt. Natürlich kann aufgrund der Vielzahl der Schreiben nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne Briefe verhältnismäßig spät oder versehentlich nicht beantwortet werden.

Die an die Bundesregierung gerichteten Schreiben, Forderungsprogramme oder Resolutionen zu aktuellen Themen finden unter dem Punkt "Mitteilungen und Resolutionen" Eingang in die Sitzungen des Ministerrats. Die Absender dieser Eingaben erhalten jedenfalls ein Schreiben, in dem das Einlangen ihres Briefes und seine Vorlage im Ministerrat bestätigt wird. In den meisten Fällen wird zu der Eingabe aber auch inhaltlich Stellung genommen. Ein Antwortschreiben entfällt dann, wenn wegen der großen Zahl gleichlautender Schreiben die Beantwortung im einzelnen nicht möglich ist.

Zu Frage 2:

Da, wie in der Beantwortung zu Frage 1 ausgeführt wurde, Briefe an die Mitglieder der Bundesregierung grundsätzlich beantwortet werden, besteht keine Notwendigkeit, diese Frage im Ministerrat zu diskutieren.

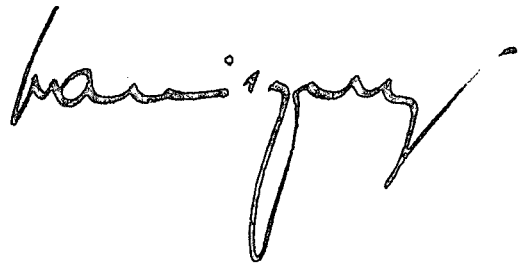
- 3 -

Zu Frage 3:

Es ist mir leider nicht gelungen, den Inhalt dieser Frage zu eruieren.

Zu Frage 4:

Da ich von der demokratischen Gesprächs- und Antwortkultur jedes Mitglieds der Bundesregierung überzeugt bin, plane ich auch nicht, diese von meinen Regierungskollegen einzufordern.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kerbl', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.